

P o l i t i k
= = = = =

Hannover, den 16. Juni 1948
III/71

Weniger Besatzungskosten - eine Unerlässlichkeit

Von Erich Klabunde

Der Verfasser hat kürzlich im Zonenbeirat an die britische Militärregierung und die britische Öffentlichkeit den Appell gerichtet, die Besatzungskosten zu verringern.

Die unerträgliche Höhe, die die Besatzungskosten gegenwärtig haben, ist eines der drei oder vier Hauptprobleme für Deutschland. Mit der Währungsreform spitzt sich diese Frage zur Krise zu. Der Geldschnitt erfordert nach der Meinung deutscher wie alliierter Sachverständiger eine Begrenzung der öffentlichen Lasten. Die Fachleute wissen, wie schwer und zweifellos unvollkommen dies für die deutschen Verwaltungsaufgaben und ihre Aufwendungen möglich sein wird. Bleibt also die Frage nach der Höhe der Besatzungskosten. In der britischen Zone waren die seit Beginn der Besetzung ausgegebenen sechs Milliarden RM. (bis 31.3.1948 gerechnet) trotz der ungeheuerlichen Steuerlast nicht aus unseren öffentlichen Haushalten zu finanzieren. Über 50% des Betrages stammten aus einem Reichsbankkredit. Mit anderen Worten, die Finanzierung der Machkriegskosten ist auf dem gleichen Wege vorangeschritten, den die NS-Finanzierung der Kriegskosten 1939 bis 1945 gegangen war. Verzichtet man künftig auf den Kredit, so werden die Anforderungen an die deutschen öffentlichen Haushalte weiter steigen oder die Besatzungskosten müssen um volle 50% abgebaut werden. Aber auch das kann keine ausreichende Lösung sein.

Das gilt sinngemäß für alle drei Zonen. In der gesamten Trizone haben die Besatzungskosten 1947 zwischen fünf und fünfeinhalb Milliarden gelegen. Man vergleiche damit, dass das relativ gesunde, mit großen Auslandskrediten unterstützte Deutschland der Weimarer Zeit an Lasten gegenüber den Alliierten pro Jahr höchstens zwei Milliarden Mark leistete. Es liegt auf der Hand, dass die Westzonen allein nach den schweren Kriegsfolgen nicht die gleiche Summe aufbringen können, geschweige denn, auf den Kopf der Bevölkerung umgerechnet, eine vierfach grössere, als man heute von ihnen verlangt.

Es wäre eine gefährliche Selbsttäuschung der Siegerstaaten, wenn sie für die Beibehaltung der Besatzungslasten ihre Hoffnung auf den Aufstieg der deutschen Wirtschaft unter dem Marshallplan setzen. Er hilft entweder uns oder ihnen. Man nimmt an, dass auf dem Marshallwege in einiger Zeit Werte im Betrage von vier Milliarden Goldmark

16. Juni 1948

nach Deutschland kommen. Sie würden zwar als Warenmenge nach Deutschland gelangen, aber der geldliche Gegenwert, der Amerika gehört, flösse über die Besatzungskosten unmittelbar in die Kassen der drei Besatzungsmächte. Man würde also auf einer anderen Ebene denselben Prozess wiederholen, der sich in der Weimarer Zeit abspielte, als die ausländischen Kredite nach Deutschland hereinflossen, um als Reparationszahlungen an die Siegermächte zu gehen. Auch damals scheiterte das bis zum Jahre 1988 geplante System binnen kurzem, weil die Kredithilfe nicht pausenlos einströmte und Deutschland eines Tages nicht mehr zahlen konnte. Ebenso wenig werden die Leistungen des Marshallplanes unaufhörlich nach Deutschland fließen.

Manche glauben, dass die Umstellung auf die neue Währung helfen würde. Denn bisher waren ja die Besatzungskosten Papiermarkbeträge und sie würden künftig in neuer Währung sehr viel geringer sein. Das ist ein einschneidender Irrtum. Denn mit den Besatzungskosten werden ja nicht die Pfund- und Dollarbezüge der Besatzungsmitglieder beglichen, sondern lediglich Arbeitskräfte, Mieten, Materialien und Fabrikate bezahlt, die die Besatzungsmächte der deutschen Wirtschaft entnehmen. Diese Löhne und Preise sind aber nach dem Stand von 1936 mehr oder minder unverändert "preisgestoppt". Die Preise sollen nach der Währungsreform gleich bleiben und demgemäß auch die Summe der Rechnungen auf dem Konto "Besatzungskosten". So wird sich in Kürze zeigen, dass die Besatzungskosten in ihrer bisherigen Höhe nicht aufzubringen sind.

Wollen die Siegermächte warten, bis diese kritische Situation eintritt? Die Lösung der Frage ist gewiss auch eine Angelegenheit des amerikanischen und britischen Steuerzahlers, aber in einem anderen Sinne, als man es uns bislang oft vorgehalten hat. Seine Belastung war bisher beträchtlich, aber vergleichsweise gering gegenüber den Besatzungskosten, die in Deutschland aufgebracht werden mussten. In Hamburg konnte festgestellt werden, dass der Beitrag des britischen Steuerzahlers zum Wohle der Bevölkerung der britischen Zone ein Zwanzigstel dessen beträgt, was man künftig jedem deutschen Steuerzahler in neuer Währung an Lasten für die Besatzungsmacht aufbürden will. Diese vielfach höheren Beträge wird der ausländische Steuerzahler übernehmen müssen, wenn auf der Grundlage der neuen Währung das bisherige Finanzierungssystem der Besatzungskosten nicht mehr funktioniert. Die Reform der Besatzungskosten ist also ein gemeinsames Anliegen der deutschen wie der amerikanischen und englischen Interessen, dessen Lösung für alle umso vorteilhafter ist, je schneller sie erfolgt. (b/344a/156/2/hc)

Die belgische Königsfrage

v.S. Brüssel, Anfang Juni

Durch die Besprechungen, die Ministerpräsident Spaak in Pregny mit König Leopold geführt hat, ist die belgische Königsfrage wieder in ein akutes Stadium getreten. Es scheint sogar, dass von gewissen Fortschritten die Rede sein könnte, nachdem durch die Amerikareise des Königs ein zeitweiliger Stillstand in den Verhandlungen eingetreten war. Wie aus den mageren Communiqués hervorgeht, die nach den Kabinettsitzungen veröffentlicht wurden, in denen der Ministerpräsident über seine Unterredung mit dem König berichtet hat, sollen die Besprechungen fortgesetzt werden, und zwar, wie man annimmt, mit dem Sekretär des Königs, Firminet.

Da den Kabinettsmitgliedern und den wenigen sonstigen Eingeweihten strengstes Stillschweigen auferlegt ist, tappt die belgische Öffentlichkeit im Augenblick völlig im Dunkeln und ergötzt sich in sehr verschiedenartigen Vermutungen über die bisherigen Ergebnisse der Besprechungen. Einerseits nimmt man an, dass diese Besprechungen die Rückkehr des Prinzen Baudouin zur Folge haben werden. Prinz Baudouin wird am 7. September 16 Jahre alt und einer Tradition des belgischen Königshauses zufolge müssen die Prinzen nach Erreichung dieses Alters die Militärschule beziehen. Ausserdem ist es, wie weiterhin geäußert wird, hohe Zeit, dass der Thronfolger sich wieder in das Leben in Belgien hineinfindet, an dem er nun schon acht Jahre nicht mehr teilgenommen hat. Andererseits hört man, dass die Rückkehr des Herzogs von Brabant nach wie vor auf erhebliche Schwierigkeiten stößt, da König Leopold gewisse Bedingungen an die Rückkehr seines Sohnes knüpft, die, wie der sozialistische "Peuple" erklärt, nicht von der Art sind, dass sie die Lösung der Frage erleichtern könnten. Wie das Blatt hinzufügt, scheint alles darauf hinzuweisen, dass der König viel mehr an seine eigene Rückkehr als an die seines ältesten Sohnes denkt.

In diesem Zusammenhang wird in katholischen und königsgesianten Kreisen die Auffassung vertreten, dass König Leopold die Rückkehr seines Sohnes ebenfalls von seiner eigenen Rehabilitierung abhängig macht. Es sei auch von Prinz Boudoin nicht zu erwarten, erklärte dieser Tage eine massgebende katholische Persönlichkeit, dass er ohne weiteres nach Belgien zurückkehrt, wo sein Vater monatelang den heftigsten Schmähungen und Beleidigungen ausgesetzt war, die man inzwischen nicht zurückgenommen hat.

Wie gerüchteweise verlautet, habe König Leopold neuerdings geplant, eine Botschaft an das belgische Volk zu richten, das zu einer Stellungnahme zu der Möglichkeit seiner Rückkehr aufgerufen werden sollte. Da die sozialistische Partei sich jedoch inzwischen mit Entschiedenheit gegen eine Volksabstimmung ausgesprochen hat, will

man wissen, dass der König jetzt die Einsetzung einer zweiseitigen Kommission vorgeschlagen habe, deren Mitglieder teilweise von ihm selbst, teilweise von der Regierung ernannt werden sollen.

Diese sehr verschiedenartigen und zum Teil sich widersprechenden Vermutungen und Gerüchte zeigen deutlich, dass der augenblickliche Stand der Dinge, wie es der Ministerrat gewünscht hat, tatsächlich "Staatsgeheimnis" geblieben ist. Auffallend ist jedoch, dass der Streit um die Rückkehr des Königs sich heute viel ruhiger und in weit aus gemäßigteren Formen abspielt, als z.B. vor einem Jahr, da die politischen Leidenschafter noch mit grösster Heftigkeit aufeinanderprallten.

Die Tatsache, dass in den meisten politischen Kreisen (zum Teil auch im gegnerischen Lager) heute stärkere Hoffnungen als je zuvor auf den Ministerpräsidenten gesetzt werden, ist ein Beweis dafür, dass seine Vermittlungsversuche bisher schon viel grössere Erfolge gezeitigt haben, als man allgemein erwartete. Obwohl der Optimismus einiger royalistischer Blätter vorläufig noch verfrüht und kaum begründet erscheint, ist man grösstenteils davon überzeugt, dass den fortgesetzten Bemühungen Spaaks eine Lösung der Königsfrage über kurz oder lang gelingen werde, wobei es sich um einen in der neueren Geschichte Belgiens nicht dagewesenen politischen Erfolg handeln würde. Die engste Zusammenarbeit zwischen Sozialisten und Christlichen Demokraten, die eine Vorbedingung für eine solche Konsolidierung der innerpolitischen darstellt, war bekanntlich seit jeher das Ziel des Ministerpräsidenten seit dem Beginn seiner staatsmännischen Karriere. (D/148/A81/2/he) /Lage

Hilferuf von 150.000 Sudetendeutschen

sp. Der tschechoslowakische Innenminister gab kürzlich bekannt, dass die restlichen Sudetendeutschen in der Tschechoslowakei verbleiben "dürfen". In dem Hilfszeitwort "dürfen" liegt nicht nur der Hohn einer dreijährigen Verfolgungspolitik gegen die Sudetendeutschen, es liegt darin auch die Tragik von 150.000 Menschen, die, von wenigen Ausnahmen abgesehen, unter keinen Umständen in der Tschechoslowakei verbleiben wollen. Hinter der "Erlaubnis" verbirgt sich die Tatsache, dass 150.000 Menschen zur Sklavensarbeit in einem Gebiet verurteilt sind, das einmal ihre Heimat war und durch einen ungeheuren Terror verleidet worden ist. Die Umsiedlerstelle der SPD für Hessen weist auf diese Umstände hin und wendet sich in einem Aufruf an das Gewissen der Welt. In dem Aufruf wird u.a. gesagt, dass die 150.000 Sudetendeutschen Angestossene aus der Gemeinschaft seien, dass ihnen der Gebrauch der Muttersprache verboten sei, dass der gesamte ehrlich erworbene Besitz genommen, die Sparguthaben beschlagnahmt und die letzten Habseligkeiten geplündert wurden. Viele der 150.000 vegetieren seit Jahren halbnackt in Gemeinschafts- und Arbeitslagern, von denen aus sie evakuiert werden sollten. Die Aussiedlung unterblieb, weil die westlichen Besatzungsmächte sich weigerten, weitere Sudetendeutsche aufzunehmen. Sie werden nun aus dem Grenz-

16. Juni 1948

gebiet in das rein tschechische Siedlungsgebiet umgesetzt, wo sie unter erniedrigenden Umständen zur Zwangsarbeit herangezogen werden. Die besondere Tragik liegt darin, dass unter den 150.000 Menschen viele Antifaschisten sind, die anfänglich von den Tschechen aus der Aussiedlungspolitik ausgenommen wurden, und nun grössere Härten erleiden müssen als jene, die sofort evakuiert worden waren. Unter den zurückgehaltenen Männern sind 60 Prozent Spezial- und Facharbeiter, die sehr wohl beim Wiederaufbau Deutschlands gebraucht werden könnten. "Wir richten diesen Hilferuf an alle freien Völker der Welt, sich unserer vor dem Forum der Liga für Menschenrechte anzunehmen", heisst es abschliessend in dem Aufruf. (m/2/166/2/ae)

----- Stalin heute

sp. Nach dem Zeugnis aller Ausländer, die sich in den letzten Jahren mit ihm trafen, ist Stalin stark gealtert, grau geworden und abgemagert. Erstmals bemerkten die Ausländer diese schroffe Änderung während der Potsdamer Konferenz 1945. Stalins Fahrten in den Kaukasus zur Kur und Erholung werden immer langfristiger, die Perioden seiner aktiven Führung des Landes immer kürzer. Hierin liegt das Geheimnis einiger sonst schwer erklärbarer Stockungen in der sowjetischen Aussenpolitik, als Molotow, Wyschinskij, Gromyko und andere ganze Wochen lang nicht wussten, was sie unternehmen sollten und offenkundig ständig auf etwas warteten.

Es ist bekannt, dass Stalin das öffentliche Auftreten nicht liebt, sich dem Volke nicht mehr als gewöhnlich zwei- bis dreimal im Jahre zeigt, sehr selten mit Reden hervortritt und eine einsame Kabinettsarbeit allem anderen vorzieht. Nach dem Kriege erreichte diese seine Neigung zur Einsamkeit den höchsten Grad. Zum letzten Male trat er mit einer grossen Rede im Februar 1946 hervor, anlässlich des Beginns der Wahlkampagne zu den Wahlen in den obersten Sowjet der UdSSR. Seit der Zeit schweigt er und setzt nur noch seine Unterschriften unter die verschiedenen Dokumente. Viele waren geneigt, dieses beharrliche Schweigen Stalins und seine langdauernde Abwesenheit aus Moskau als allmähliches faktisches, wenn auch nicht formelles Zurücktreten von der Regierung des Landes anzusehen. Jedoch beweist die Aktivität während der letzten zwei bis drei Monate (nach der Rückkehr aus Ssotschi), dass eine solche Meinung irrig und in jedem Falle voreilig ist. Eine aufmerksame Analyse der Ereignisse innerhalb des Kremls während der letzten Jahre zeigt ein anderes Bild: Nach jeder Kaukasus-Reise kehrt Stalin in recht munterem Zustand zurück und geht aktiv an die Arbeit, aber seine Kräfte reichen nicht lange, und schon gegen Ende des Frühlinges vermindert er allmählich seine Aktivität und verbleibt in einem solchen halbpassiven Zustand bis zum Ablauf seiner nächsten Kur. Er hat die Zügel noch nicht aus seiner Hand gegeben, aber er hält sie schon lange nicht mehr so fest wie in der Vergangenheit.

Entgegen einer weit verbreiteten Meinung hat Stalin nie viel getrunken; in der letzten Zeit aber trinkt er sogar bei besonders feierlichen Empfängen fast ausschliesslich das Mineralwasser "Narsan" und verzichtet fast ganz auf seinen geliebten "Kachetinwein". Früher liebte er es, nach Beendigung der zweiten Hälfte seines "Arbeitstages", d.h. nach drei Uhr nachts, mit Molotow und Woroachilow in seine Wohnung zu gehen, wo sie zu Dritt bis zum Morgen sassen, tranken und im Chor sibirische und ukrainische Lieder sangen. Nach vorliegenden Nachrichten hat Stalin in der letzten Zeit auch auf diese Gewohnheit verzichtet.

Nach den spärlichen Nachrichten, die aus Moskau durchsickern, kann man schlussfolgern, dass Stalin jetzt ein im höchsten Masse trauriges und beschwerliches Leben führt. Einen grossen Teil seiner alten Freunde hat er beerdigt oder selbst "liquidiert", seinen neuen Mitstreitern vertraut er nicht übermässig und verachtet viele wegen ihrer Kriecherei und Liebedienerei. So verbringt er seine Tage grossenteils im Zustand freiwilliger Einsiedelei und quält sich häufig mit starken Schmerzen herum. Es ist charakteristisch, dass er zu seiner letzten Fahrt nach Ssotschi niemand von seinen alten Freunden und Mitstreitern mitnahm, sondern nur mit seinem persönlichen Sekretär Psokrjobjeschew und dem Kandidaten des Politbüros, Kossygin, fuhr. Während der vier Monate des Aufenthaltes im Kaukasus besuchte ihn dort ziemlich häufig lediglich Shdanow, dessen Bedeutung in der letzten Zeit ganz ausserordentlich gestiegen ist.

Shdanow, und mit ihm Malenkow, bearbeiten jetzt die Parteiangelagenheiten. In welchem Masse sie gegenwärtig in ihren Handlungen vom Willen und von den Wünschen Stalins noch abhängig sind, ist natürlich schwer zu sagen. Beide sind Vertreter der jungen sowjetischen Führergeneration; sie sind in der "Stalinschen Schule" erzogen und stützen sich auf eine zahlreiche und höchst aktive Gruppe speziell von ihnen ausgewählter Würdenträger zweiten und dritten Ranges.

(Aus "Fossev", 5.6.1948, dem Organ der antikommunistischen Opposition im Auslande).

Rechtspartei gegen Gaullismus

A.F. Überraschend für französische Verhältnisse hat sich die stark konservative Republikanische Freiheitspartei auf ihrem Parteikongress in Nancy von Gaullismus distanziert. Diese Partei der äussersten Rechte, die oft reaktionäre Tendenzen vertritt, will ihr Schicksal nicht an eine Bewegung ketten, die ihres Erachtens nur von kurzer Dauer sein kann. Die Mitglieder der Republikanischen Freiheitspartei können zwar der Gaullistischen Sammelbewegung beitreten, die Partei als solche will jedoch ihre völlige Unabhängigkeit und Handlungsfreiheit bewahren. Die Republikanische Freiheitspartei hat in ihren Reihen kaum eine starke, führende Persönlichkeit. Ihr Präsident, Michel Clemenceau, verdankt seine Stellung mehr seinem Namen als seinem Wert.

Verantwortlich: Peter Baunau